

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen wöchentlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich wöchentlich 4,50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Druckerei: Druckerei des Verlags, Dresden. Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen wöchentlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich wöchentlich 4,50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 24. Dresden, Dienstag den 29. Januar 1918. 29. Jahrg.

Die Ausstandsbewegung.

Starke italienische Angriffe zurückgeworfen.

Die im Hauptausdruck des Reichstags am letzten Sonntag gemachten Mitteilungen über eine angeforderte Ausstandsbewegung haben sich als richtig erwiesen. Seit Montag früh ist eine größere Bewegung von Arbeitern und Arbeiterinnen im Gange. Die Bewegung hat zuerst und am meisten in Berlin um sich gegriffen, sie ist aber auch auf eine Anzahl anderer wichtiger Städte und Industriebezirke übergesprungen. Über den Umfang der Bewegung ist ein völlig zutreffendes Bild noch nicht zu gewinnen. Die Schätzungen über die Zahl der Ausständigen in Berlin gehen weit auseinander. Eine amtliche Schätzung am Montag abend spricht von 120 000 Streikenden. Nach Feststellung der Streikleitung, die der Reichsregierung mitteilt, sind schon am Montag nachmittags 250 000 Streikende gezählt worden. Die Verlässlichkeit der Angaben erklärt sich zum Teil schon daraus, daß eine solche Bewegung nicht sofort vollständig zu überblicken ist und daß sie sich in einer innerlich anwachsenden Entwicklung vollzieht. Jedenfalls ist festzustellen, daß es sich um eine ziemlich umfangreiche Arbeiterbewegung handelt.

Nichts wäre richtiger, als wollte man nach der Art weiterer reaktionärer Vorgehens eine derartige Arbeiterbewegung mit beschimpfenden Redensarten aktum. Vielmehr muß in aller Sachlichkeit geprüft werden, worin die Ursachen der Bewegung beruhen, und es muß dafür gefordert werden, daß der Arbeiterbewegung der Ausständigen Rechnung gemacht wird. Die Arbeiterbewegung hat mit größtem Heroismus die Schwierigkeiten und Leiden der Kriegszeit ertragen. Ihre Kräfte und ihre Nerven sind aufs äußerste angespannt worden. Wenn der Arbeiterbewegung einmal der Gebuldsfaden reißt, so ist vor allem die erste Frage zu stellen, ob ihr nicht zu harte Zumutungen gestellt worden sind. Es ist nicht zu verkennen, daß gerade im Verlaufe der letzten Monate die Gebulds des Volkes auf überaus harte Proben gestellt worden ist.

Die Lebensmittelschwierigkeiten dauern fort und trotz der gesteigerten Anstrengungen sind die schwer arbeitenden Schichten nicht in der Lage, sich nur einigermaßen hinreichend zu ernähren. Vielmehr müssen sie andauernd mit ansehen, daß ein nicht geringer Teil der Lebensmittel auf allerlei Um- und Abwegen vertrieben wird und zu hohen Preisen in den Händen der zahlungsunfähigen Leute gelangt. In ganz besonderem Maße aber ist die Arbeiterbewegung durch die wilde Spekulation der sogenannten Vaterlandspartei in der Bewegung gebracht worden. Die Arbeiterbewegung hat den Eindruck erhalten, daß gewisse Kreise, die sich an Kriegsgewinnen maßlos bereichern, einen Teil ihrer Kriegsgewinne für eine Agitation verwenden, die mit allen Mitteln auf die Verlängerung des Krieges und auf die Erzielung von Eroberungen ausgeht. Innerhalb der Arbeiterbewegung der Gedanken, daß immer wieder viele, viele Tausende Menschenleben auf den Schlachtfeldern hingeworfen werden sollten um der Ziele der Vaterlandspartei willen. Wenn die allseitig-konterrevolutionäre Industrie- und Handelspresse nach den Schuldigen an der Ausstandsbewegung sucht, so muß sie vor allem vor ihrer eigenen Tür stehen. Bedauerlicherweise hat auch die jetzige Reichsregierung sich nicht zu einer genug kräftigen und deutlichen Abgabe an das Treiben der Vaterlandspartei entschließen vermocht. Weiterhin aber hebt die Arbeiterbewegung unter dem Eindruck der Verhältnisse an, die von dem herrschenden Reaktionspartei des Dreifaltigkeitstages gegen die Wahlrechtsvorlage ins Werk gesetzt worden und gegen die andauernd auch die preussische Regierung eine entsprechende Gegenwirkung zu üben sich aufheben sieht. Alle diese Umstände haben zusammengewirkt, um die Ausstandsbewegung herbeizuführen.

Wie aus Berlin verlautet, sollen die Ausständigen sich an die Sozialdemokratische Partei und die General-Kommission der Gewerkschaften mit dem Ersuchen gewandt haben, die Führung der Bewegung zu übernehmen. Wir wissen zur Stunde nicht, ob die Notwendigkeit ist. Wenn sie richtig ist, so würde es gewiß angemessen sein, daß weitere Zentralinstanzen nach Möglichkeit dafür eintreten, daß die Bewegung zu einem guten Ausgang geleitet wird. Die unten wiedergegebenen Forderungen, die angeblich von den Ausständigen gestellt sein sollen, dürften jedenfalls in der Art, wie sie da aufgestellt sind, nicht durchgeführt werden können, beruhen sie doch zum Teil auf einer starken Verlesung der wirklichen Tatsachen sowie des wirklich Erreichbaren. Die Forderungen bedürften einer guten, sachgemäßen Reformulierung.

So begrifflich der Unmut in den Massen über vielerlei Unzulänglichkeiten der Gegenwart ist und so verantwortungsvoll es daher ist, der Ausstandsbewegung mit Schenkungen oder gar mit Gewalttätigkeiten entgegenzutreten, nicht minder verantwortlich würde es auf der anderen Seite sein, bei einer solchen Bewegung Absichten zu verfolgen, die schließlich nur zur Schwächung unseres Landes und zur Freude für die Ausstandsbewegung führen würden. Es darf nimmermehr außer Acht gelassen werden, daß die Regierungen in England, Frankreich und Italien noch bis zur Gegenwart Kriegsziele verfolgen und Italien noch bis zur Gegenwart Kriegsziele verfolgen. Die für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, auch der deutschen Arbeiterbewegung, die schwerste Aufgabe bedeuten. Anderswärts ist die Hoffnung vorhanden,

29. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: In verschiedenen Stellen der Front kritischer Stellung. Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: In der Champagne entwickelten sich lebhaft östliche Kämpfe. Bei der Offensive der 2. Armee (St. Souplet) scheiterten am Morgen mehrere französische Angriffsvorhaben. Unsere Stellungen zwischen den von Comme und Noyon nach Sedan führenden Straßen lagen am frühen Nachmittag unter beständig feindlichem Feuer. Unter diesem Schuss ließ sich die Infanterie mit Flammwerfern zu heftigen Gefechten gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurde sie zum Teil vor unseren Hindernissen zum Teil im Nachkampf zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand, mehrere Flammwerfer wurden erbeutet.

Rege Fliegeraktivität führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen gestern 13 feindliche Flugzeuge und einen Hubschrauber ab. Bomben und Scherben wurden erfolgreich mit Bomben beworfen. Französische Flieger setzten ihre Angriffe gegen unsere Lager fort.

Während im Monat Dezember die Kasernenanlagen von Kettel mehrfach Ziel ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Radebeul (Lank) an. Italienische Front: Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in den südlichen Teilen von Sinesio die zur Brenta mit starken Stellungen an. Am Monte Silemo und westlich nach ihr Angriff vor den feindlichen ungarischen Stellungen meist schon im Feuer zusammen; der Monte di Val Sella, auf dem sie vorübergehend Fuß gefaßt hatten, wurde ihnen im Gegenstöße wieder entzogen. Oben warfen unsere Verbündeten den im Gebiet des Col del Rosso sowie zwischen der Fungola-Schlucht und der Brenta ankämpfenden Feind noch schweren Schüssen zurück. Wiederholte Verluste des Feindes, örtliche Hindernisse durch Einmarsch seiner Reserve zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. Mehrere Offiziere und 350 Mann wurden gefangen. Ein schwerer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26. zum 27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Kilogramm Bomben auf Galtfranco, Treviso und Mestre. Große Schäden waren nicht zu vermeiden. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Verlauf der Bewegung.

mit. Berlin, 29. Januar. Der Ende der vorigen Woche durch Flugblätter für heute angelegte Ausstand ist eingetreten. Die darauf abzielenden Agitationen haben aber nur ganz beschränkten Erfolg gehabt, obwohl nach gestern nachmittag in Berlin und den Vororten Flugblätter noch Haus zu Haus fleißig verbreitet wurden. Die Gewerkschaften haben sich der Mitwirkung verweigert. In Berlin ist im Straßenbild überhaupt nichts von einem Ausstande zu bemerken. Lediglich in einigen Betrieben hat ein Teil der Arbeiter heute die Arbeit nicht aufgenommen. Vollständige Arbeitseinstellung scheint überhaupt nirgends erfolgt zu sein. Unter den Unternehmungen, von denen teilweise Arbeitseinstellung gemeldet wird, befinden sich Ludwigshafen, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Berlin u. Daimler. Eine einheitliche Aktion für den geplanten Ausstand scheint überhaupt nicht vorhanden zu sein.

mit. Berlin, 29. Januar. Bis zum Abend wurde auf ganz Berlin und Umgebung nicht ein einziger Schuss abgefeuert, der mit dem Ausstande in Zusammenhang gehalten hätte. Die Reichsregierung hat heute nicht zur Arbeit erschienen beträgt höchstens 90 000, da unter weitaus jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. In den meisten großen Betrieben ist die ganze Bewegung überhaupt gar nicht beachtet worden. Im Straßenbild Berlin war den Tag hindurch keinerlei anständige Erscheinung wahrzunehmen.

mit. Hamburg, 29. Januar. Sämtliche Arbeiter der Luftfahrt haben gestern die Arbeit niedergelegt und begannen sich in geschlossener Linie durch die Hauptstraßen nach dem Gewerkschaftshaus, wo sie eine ziemlich stürmisch verlaufene Sitzung abhielten. In Hamburg ist es nirgends gekommen.

mit. Kiel, 29. Januar. Sämtliche Werftarbeiter, auch diejenigen der Reichswehr, haben gestern die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter haben gestern sehr ruhig und ohne bewaffnete Polizeieingriffe gearbeitet.

mit. Tübingen, 29. Januar. Teilnehmende im hiesigen Bezirk sind zu melden von den Arbeitern I und II, Schenkens und Kistner, Tübingen.

mit. Nürnberg, 29. Januar. In einer Anzahl von Betrieben sind teilweise Arbeitseinstellungen statt. Zum größten Teile sind die Streikenden jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Ausständigen wollen die Arbeit wieder aufnehmen. Sie sind truppweise durch die Straßen der Stadt gezogen und haben Plakate mit der Aufschrift: „Arbeiten“ mit im Auge herumgetragen. Die Ruhe wurde jedoch nicht gestört.

Die Forderungen der Streikenden.

Die ausständigen Arbeiter haben nach dem Vorwärts folgende Forderungen aufgestellt:

1. Sofortige Deckelung der Löhne ohne Einwirkung von Arbeitgeberverbänden auf Grund des Lebensnotwendigkeitsgesetzes. 2. Sofortige Deckelung der Mieten. 3. Sofortige Deckelung der Lebensnotwendigkeitsgesetzes. 4. Sofortige Deckelung der Lebensnotwendigkeitsgesetzes. 5. Sofortige Deckelung der Lebensnotwendigkeitsgesetzes.

rette fort. Während im Monat Dezember die Kasernenanlagen von Kettel mehrfach Ziel ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Radebeul (Lank) an.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in den südlichen Teilen von Sinesio die zur Brenta mit starken Stellungen an. Am Monte Silemo und westlich nach ihr Angriff vor den feindlichen ungarischen Stellungen meist schon im Feuer zusammen; der Monte di Val Sella, auf dem sie vorübergehend Fuß gefaßt hatten, wurde ihnen im Gegenstöße wieder entzogen. Oben warfen unsere Verbündeten den im Gebiet des Col del Rosso sowie zwischen der Fungola-Schlucht und der Brenta ankämpfenden Feind noch schweren Schüssen zurück. Wiederholte Verluste des Feindes, örtliche Hindernisse durch Einmarsch seiner Reserve zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. Mehrere Offiziere und 350 Mann wurden gefangen. Ein schwerer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26. zum 27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Kilogramm Bomben auf Galtfranco, Treviso und Mestre. Große Schäden waren nicht zu vermeiden. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

2. Eingabe der Arbeitervertreter aller Länder zu den Friedensverhandlungen. 3. Ausgiebige Rohstoffversorgung durch Eröffnung der Lebensmittelbehände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelbetrieben zur gleichmäßigen Zuführung an alle Bevölkerungsteile. 4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Verbot der Versammlungen ist vollständig wieder in Kraft, ebenso das Verbot der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. Die Schutzpolizei für Arbeiterinnen und Jugendliche sind sofort wieder in Kraft zu setzen. Alle Eingriffe der Militärverwaltung in die Gewerkschaften sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern. 5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben. 6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilten und Verhafteten sind sofort freizulassen. 7. Durchgehende Demokratisierung der gesamten Staatsverwaltung in Deutschland, und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preussischen Landtag.

Der Vorwärts schreibt:

Aus den Reihen der Arbeiter ist wieder eine Streikbewegung entstanden, ohne daß von irgendeiner leitenden Stelle Anregung oder gar Anweisung dazu gegeben wurde. Wie im April vorigen Jahres aus Anlaß der Herabsetzung der Produktion die Bewegung spontan entstanden ist, so war es auch bei dem am gestrigen Montag ausgebrochenen Streik. Erst nachdem die Arbeiter in großer Zahl die Betriebe verlassen hatten, schritten sie zur Einleitung einer Streikleitung. Das geschah in einer Versammlung, die gestern nachmittag im Gewerkschaftshaus stattfand. In dieser Versammlung erschien auch ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, um einige Worte an die Streikenden zu richten. Das wurde ihm sowie einem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie bereitwillig gestattet.

Tann wählte die Versammlung eine Streikleitung, bestehend aus Delegierten der Streikenden und Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Der Vorwärts macht weiter folgende Ausführungen:

Was die streikenden Arbeiter wollen, das will im Grunde mit ihnen die gewaltig überwiegende Mehrheit der ganzen Bevölkerung. In der Anerkennung dieser Tatsache liegt auch das Beste, vielleicht das einzige Mittel, aus den augenblicklichen Verhältnissen rasch und ohne weiteren Schaden herauszukommen. Heber die Ausdehnung einer Streikbewegung während des Krieges bestehen naturgemäß die allergrößten Meinungsverschiedenheiten, die ertragen werden müssen — nur sollte man mit Worten wie „Landesverrat“ nicht unnötig herumwerfen. Jedenfalls wäre es schlimm um das Deutsche Reich bestellt, wenn auf seinem Boden einige Dundertausend „Landesverrat“ herumläufen; wir wollen diese Unterstellung auf das drücklichste zurückweisen.

Den guten Glauben sollen ehrliche Gegner den Streikern wenigstens zubilligen. Und da müssen sie zugeben, die Arbeiter streifen in dem guten Glauben, ihrem Land und ihrem Volk dadurch einen großen Dienst zu leisten, daß sie mit Notwendigkeit auf der Grundlage ihrer Forderungen den Staat zur reaktionären Regierung, eine Regierung nach dem Geiste der Sozialdemokratie wurde, sich demütig auf den Standpunkt stellen.

Gleichgültig, wie diese Forderungen ansehen, mit Rebellen verhandeln wir nicht! Eine Regierung aber, die auch nur ein wenig vom Hauch einer neuen Zeit berührt ist, wird jene Forderungen einer gewissenhaften Prüfung unterziehen und alles tun, was in ihren Kräften steht, um eine Einigung herbeizuführen.

Man kann nicht nach außen hin für den Verständigungs-frieden eintreten und seiner eigenen Bevölkerung gegenüber auf einen Gewaltfrieden insistieren wollen. Denn damit wäre der Glaube an den ehrlichen Willen der Regierung, nach außen einen Verständigungsfrieden zu schließen, unüberwindlich dahin. Damit würde sich die Regierung aber auch im schärfsten Gegensatz zu ihrem Bundesgenossen, der österreichischen Regierung, stellen, die durch ruhiges Verhandeln und vernünftiges Entgegenkommen der dort wie hier spontan ausbrochenen — Bewegung ein Ziel gesetzt hat.

Heute ist nicht mehr die Frage, ob der Streik gut oder schlecht ist. Heute ist es da, und das Augenmerk ist darauf zu richten, was er will. Das aber steht, um es wieder und wieder zu sagen, im Einklang mit den Wünschen einer gewaltigen Volksmehrheit, und wenn diese erfüllt sind, dann wird auch der Streik zu Ende sein.

Die Bewegung hat sich am gestrigen Tage mit bewundernswerter Ruhe vollzogen, und alle Welt erwartet nichts anderes als daß es so bleibt. Da sie von keiner leitenden Stelle interniert wurde, sondern aus den Massen selbst hervorgewachsen ist, mühen sich die organisatorischen Maßnahmen, die zu ihrer Führung notwendig sind, während ihres Ganges selbst vollziehen. Diese Maßnahmen sind auf gutem Wege, so daß es bei gutem Willen von allen Seiten an Plan und Ordnung nicht fehlen wird.

Gegen eine ganz kleine Minderheit haben die Vertrauensmänner der Betriebe, die sich gestern versammelten, beschlossen, beide Richtungen der Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranzuziehen, und beide sind zu dieser Mitarbeit bereit. Der gesunde Instinkt sagt den Arbeitern, daß jetzt zu gegenseitigen Beziehungen keine Zeit ist. Meinungsverschiedenheiten, die vorhanden sind, und die noch väter vorhanden sein werden, können bei besserer Gelegenheit aufgetragen werden. Jetzt handelt es sich nicht darum, ob der Genosse Dina oder der Genosse Kunz mit seinem bisherigen

Verhalten recht gehabt hat, sondern es handelt sich darum, die Bewegung in geordnete Bahnen zu leiten, damit sie einem nützlichen Ziel entgegengeführt werden kann. Kleingeister, die das auch jetzt noch nicht einsehen wollen, werden ihre Rechnung ohne die Arbeiter gemacht haben.

Und wie es im Innern ist, alle Kräfte zur Einheit zusammenzuschließen, so gilt es, auch über die Grenzen und über die Schützengräben hinaus die Arbeitermassen zur Solidarität aufzurufen. Jetzt können die englischen und die französischen Arbeiter zeigen, ob es ihnen ebenso ernst um den Frieden zu tun ist wie den deutschen! Wir verlangen und erwarten von ihnen nicht, daß sie der eigenen Landesverteidigung in den Rücken fallen, so wenig wie wir das selber tun, aber wir verlangen und erwarten von ihnen, daß sie mit dem gleichen Nachdruck, wie wir es tun, ihre Regierung dazu zwingen, dem grauenhaften Völkerringen ein Ende zu bereiten.

Wir vertrauen darauf, daß eine Bewegung, die von so großen und edlen Absichten geleitet ist, wie diese, nicht sich in Fader und Verwirrung auflösen und auch nicht zwecklos verlaufen kann. Wir vertrauen auf den gesunden Sinn der deutschen Arbeiterklasse, der darauf gerichtet ist, Möglichstes mit den geringsten Mitteln durchzuführen. An den Stellen aber, die über den Gang der deutschen Politik außen und innen entscheiden und die für ihre Entscheidungen vor der Geschichte verantwortlich sind, möge man sich dessen bewußt sein, daß Bewegungen gleich der gegenwärtigen durch Gewalt höchstens für einige Zeit aufgehalten werden, daß sie aber zur Enttarnung und zum Ausbleiben gebracht werden können nur durch Gerechtigkeit! Es ist vielleicht nicht die Bewegung selbst, sicher aber ist es die gegenwärtig im Amte befindliche Regierung, die vor eine letzte entscheidende Probe gestellt ist.

Aber nicht nur an die Regierung, auch an die breiteste Öffentlichkeit des deutschen Volkes ergeht der Ruf, sich über das Wesen dieser Bewegung nicht täuschen, nicht zu Ungerechtigkeiten verleiten zu lassen. Je entschiedener sich die Öffentlichkeit, gleichviel wie sie zum Streik selbst steht, für die gerechten Forderungen, die ihm zugrunde liegen, einsetzt, einen desto besseren Dienst wird sie damit der Volksgemeinschaft erweisen. Denn es geht nicht nur „um Gans“, es geht für die Gans, für eine bessere Zukunft unseres Volkes, für den Frieden der ganzen Welt!

Der Kampf in Rußland.

Die russisch-rumänischen Beziehungen abgebrochen.

Nach den neuesten Meldungen ist die geradezu babylonische Verwirrung in Rußland in ständigem Wachsen begriffen. Der Bürgerkrieg zerlegt das Land und wird dadurch kompliziert, daß er nicht aus einem Kampfe verschiedener Parteien immer neue Nahrung zieht, sondern daß eine Nationalität gegen die andere steht. Dabei ist angesichts des vollständigen Durcheinanders eine Beurteilung der Kräfteverhältnisse unmöglich. Der Widerstand gegen die Maximilianisten scheint andauernd im Erfahren begriffen. Die Petersburger Regimenter werden unsicher.

Daily News erfahren aus Petersburg: Es ist eine Spaltung unter den Bolschewiki eingetreten. Die Minorität ist der Ansicht, daß die Schwächung und Völkering Rußland zu einem Sonderfrieden zwingt. Die Majorität, einschließlich des linken Flügels der Sozialrevolutionäre, ist bereit, in eine Periode der revolutionären Verteidigung einzutreten. Die letzte Entscheidung liegt bei Trotzki. Das meldet aus Petersburg: Am 24. Januar wurden alle Mitglieder des sozialrevolutionären Komitees von Moskau und des sozialrevolutionären Komitees der Provinz Moskau gefangen gesetzt.

In der russischen Front soll ein Wachen der Stimmung gegen die Maximilianisten bemerkbar sein, das seinen Hauptgrund in der Mangelhaftigkeit der Verpflegungszufuhr haben dürfte. Auch sollen an vielen Stellen sich unter dem Namen der „Weißen Garde“ Truppenverbände zum Kampfe gegen die „Rote Garde“ bilden. Finnland soll bereits über 75 000 Mann dieser „Weißen Garde“ verfügen.

Nach einem Stockholmer Telegramm soll seit Sonntag die telegraphische Verbindung zwischen Stockholm und Petersburg unterbrochen sein. Die finnländische Übergangsstation Nydab signalisiert, daß die Drähte verknüpft seien. Auch mit Finnland bestehe keine Verbindung. Man erzählt über Petersburg aus Nordrussland, daß vollständige Anarchie in Finnland herrsche, dessen Ungehör noch dadurch vermehrt worden sei, daß die russische Bolschewiki-Regierung erklärt habe, sie sei geneigt, ihren Grundrissen gemäß die finnländischen Revolutionäre im Streite gegen die bürgerliche Gesellschaft zu unterstützen.

Eine neue Gefahr erwächst der Petersburger Regierung mit dem Verhalten polnischer Truppenteile, die die Waffen gegen die Maximilianisten führen, ohne daß Grund und Ziel zunächst ersichtlich wären. Argwohn brachte ein Radio-telegramm zur Kenntnis der Volkskommissare, daß schleunigste Maßnahmen zur Vertreibung der polnischen Truppen im Gouvernement Orlowa (nordwestlich Minin) von den Punkten, die sie besetzt halten, und zur allgemeinen Entwaffnung der polnischen Legion fordert. Das Vorhaben der Polen soll die Antwort auf die Behauptung des polnischen Zentral-ausschusses durch die Maximilianisten sein.

Schwer zu beurteilen sind auch die Kämpfe in der Ukraine. Paul bolschewistischen Nachrichten soll die Macht der Riewer Regierung im Sinken und die der Charkower Gegenregierung im Steigen sein. Der Petersburger Mitarbeiter der Daily News meldet, daß die Rota der Ukraine, welche die Bürgermassen vertritt, mehr Angst vor den ukrainischen Bolschewiki als vor den Deutschen und Oesterreichern habe. Gewinnt die Rota die Oberhand über die ukrainischen Bolschewiki, dann wäre der Friede der Ukraine mit den Mittelmächten sehr bald gesichert. Lieben aber die ukrainischen Bolschewiki siegreich, dann würden sie sich den Petersburger Bolschewiki anschließen und die Politik Trotzki unterstützen. Daher jede dieser auch die Verhandlungen zu verhindern. Er habe eine fünfjährige Verlängerung der Pause verlangt, welche die Vertreter der Mittelmächte verweigert hätten. — Aus Odessa wird berichtet, daß rumänische Abteilungen und ukrainische Kolonnen die Belagerung von Iugleni entworfen und die Mitglieder des örtlichen Sowjet verhaftet hätten. Nach einer Weitermeldung aus dem haben rumänische Truppen die Stadt Rischinew

umzingelt. Die Stadt wird durch Artillerie beschossen. Die Verluste der Rumänen wie der Bolschewiki seien sehr hoch.

Nach den letzten Nachrichten von der Südwestfront sind die Russen offenbar bestrebt, die im südlichen Teil dieser Front stehenden Armeen freizubekommen, um anderwärts über sie verfügen zu können. Der 8. russischen Armee scheint die Loslösung aus der Front zu gelingen, während die 9. Armee dabei auf Widerstand stößt. Auch die 4. Armee schiebt bei den Rumänen auf Gegenwehr, und die 6. erlitt, nachdem sie anfangs kleinere Erfolge zu verzeichnen hatte, eine Niederlage durch ihre bisherigen rumänischen Bundesgenossen. Wenn es nun auffallen erscheinen könnte, daß die Rumänen bemüht sind, die russischen Armeen festzuhalten, die im ausgelegenen rumänischen Lande doch als uneigene Helfer empfangen werden müssen, so kann man eine Erklärung dieses rumänischen Verhaltens vielleicht in der Ablicht finden, eine eigene Armee vom Frontdienst freizuholen, um damit Pläne in Bekarabien zur Ausführung zu bringen oder auch um der sich dort befindlichen Magazine zu bemächtigen. Ueber die gegenwärtigen Verhältnisse in Bekarabien bringt ein Wiener Telegramm der Frankf. Ztg.:

Die neuauferstandene Republik Bekarabien ist noch nicht recht in Verfassung getreten. Vor drei Wochen wurde durch Plakate in allen Ortschaften Bekarabiens die Gründung der Republik angekündigt; sie hat aber bisher weder auf der Teilnahme, noch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse irgendwelchen Einfluß. Die inneren Verhältnisse Bekarabiens sind verwickelt. Das einzige organisierte Element bilden die Dorf- und Stadtmilizen. In einer Ankündigung weiterer Volksentscheidungen über die Notwendigkeit der Republik ist es bisher nicht gelungen, doch das eine steht fest, daß alle Kräfte Bekarabiens ein Zusammengehen der Republik mit dem Königreich Rumänien auszusprechen ablehnen.

Ueber die Vorgänge bei Galatz, die zum Uebertritt russischer Truppenteile zu den Verbündeten führten, wird weiter gemeldet, daß die Kämpfe zwischen der 8. und Teilen der 10. sibirischen Division und den Rumänen auf den Höhen westlich von Galatz immer noch andauern. Nach einem Petersburger Funkbericht hat die Petersburger Regierung alle diplomatischen Beziehungen zu Rumänien abgebrochen. Die rumänische Gefandtschaft wird auf dem kürzesten Wege ins Ausland abgeholt. Der Botschafter Rumäniens, der in Moskau liegt, wird als unantastbar für die rumänische Legation erklärt.

Bratians Rücktritt.

Berlin, 28. Januar. Wie gemeldet wird, hat der rumänische Ministerpräsident Bratiana seine Entlassung gegeben. Zu seinem Nachfolger soll General Averescu ernannt werden. — Averescu soll angeblich für Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten sein.

Zur Empörung russisch-polnischer Regimenter.

Stockholm, 28. Januar. Am vergangenen Freitag kam auf die Kommandantur des obersten polnischen Militärkomitees an der Petrowitz-Winje-Station in Moskau eine Abteilung der Roten Garde und russischer Soldaten der Kosakener Garnison und legte den anwesenden polnischen Komiteemitgliedern Vorwürfe, feineren Adjutanten Wlaski und dem Quartiermeister Tomaszewski einen Verhaftungsbefehl des Kommandanten des Mosauer Militärbezirks auszureichen und wird gefordert. Die Vorwürfe zu werden zunächst ins Bureau der Bolschewiki gebracht, und von dort, nach dem Geschehen in der Langania übergeführt. Es handelt sich nicht etwa um politische Punkte, sondern um polnische Regimenter, die unter der eigenen Nationalfahne getarnt worden sind.

Ueber die angeblichen Kämpfe der polnischen Truppen mit den Bolschewiki erzählt der Stockholmer Korrespondent der Telegraphen-Union folgendes:

Die polnischen Truppen in Rußland, die aus den russischen Regimenten aufgebildet sind, sind unter eigener Nationalfahne

mit rein nationalen Zielen bilden und auf einem streng neutralen Boden stehen, sollten dieser gar keinen Zusammenstoß mit den Bolschewiki und vermeiden absichtlich jeden Streit mit ihnen. Die Zahl dieser Truppen beträgt gegenwärtig ungefähr 300 000 Mann. Das einzige Regiment, das ähnliche Ideale wie die Bolschewiki verfolgt und sich noch dem Bolschewikentum angeschlossen hat, ist das erste polnische revolutionäre Schützen-Regiment, das in Belgorod. Als das Regiment von durch die Stadt gegen die Ukrainer durchziehenden Bolschewikentruppen aufgefordert wurde, mit in den Kampf zu ziehen, weigerte es sich und die Offiziere erhoben gegen diese Forderung Widerpruch. Willen in der Stadt, als die Soldaten schloßen, wurde die Forderung der Bolschewiki nicht angenommen und ein Massaker begangen. Der Kommandant des Regiments, Major Kozłowski, der von der Angelegenheit nicht gewußt hatte, und den auf der Wache hinter der Stadt stehenden Soldaten das Geheiß vor den eintretenden russischen Offizieren präferierten, wurde in demselben Augenblick niedergeschossen. Der Regimentskommandeur General Ralski-Siemicki wurde ermordet.

Die Gefahr im fernem Osten.

Petersburg, 28. Januar. Aus Charkow wird gemeldet, daß nach Subhasan mehrere Gattungen chinesischer Truppen anmarschieren. Man erwartet noch das Eintreffen weiterer chinesischer Truppen. Zu der Spitze der chinesischen Truppen steht der General Ma. Der Gouverneur von Kwantung erklärte, daß die Veranlassung hinsichtlich der japanischen Truppen Kwantung mehrere Millionen Rubel kosten wird. Zwei Regimenter russischer Landwehrmilitäre wurden von der Flakabwehr nach Rußland ausgemietet.

Trotzki's Abreise nach West.

Petersburg, 28. Januar. Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten Trotzki ist in der vergangenen Nacht nach West-Batowil abgereist.

Das Ausland und die deutsch-österreichischen Ministerreden.

Soweit bisher aus Frankreich, England und Amerika Brestbestimmungen über die Reden Hertlings und Czerwins vorliegen, lauten sie meistens abweichend. Zum Teil berufen sie die Wähler auf die auch von uns kühn getadelten Unklarheiten, die sich besonders bezüglich Belgiens in der Rede Hertlings befanden. Aber das ist für die ausländischen Zeitungen durchaus nicht allein der Stein des Anstoßes und sie würden offenbar in ihrer Mehrzahl auch dann den Boden für eine Verständigung mit Deutschland nicht als gegeben ansehen, wenn Hertling ohne alle Umwege erklärt haben würde, daß Deutschland bereit sei, die volle Unabhängigkeit Belgiens herzustellen. Die meisten Wähler, wenigstens soweit sich aus den durch Telegraphen-Bureau übermittelten Auskünften ein Bild machen läßt, stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland sich als besiegter erklären müsse, und daß der Krieg solange geführt werden müßte, bis Deutschland so weit sei. Für einzelne Wähler wie der bekannte englische Manchester Guardian, der immer eine gemäßigtere Haltung eingenommen hat, und die New Yorker World, verhalten sich entgegenkommender und glauben, daß die Reden Hertlings und Czerwins doch eine Grundlage zur Knabnung von Verhandlungen bieten könnten.

Bei allem, was wir an unserer Regierung auszufragen haben, dürfen wir uns doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß auch in den Entente-Staaten in sehr weiten Kreisen noch keine Zeilung zu einem Verständigungsfrieden mit Deutschland besteht. Man glaubt dort immer noch, es ist noch zu früh, um zu sagen, daß Deutschland nicht mehr weiter kann, sich an gewisse Friedensbedingungen gefallen lassen muß und die Entente als Sieger dorthin, wenn die Reichsministerabsichten, die im Anfang des Krieges in der Presse und in den Reden der Entente-Politiker zum Ausdruck kamen, auch nicht verwirklicht werden können. Freilich sind im Lager der Entente auch entgegengelegte Strömungen vorhanden und die nächsten Tage und Wochen werden uns zeigen, ob diese Strömungen die Entente-Staatsmänner dazu bringen werden, ob sie sich in irgendeiner Form zu weiteren Friedensverhandlungen herbeilassen.

Zedenfalls war es ein schwerer Fehler der deutschen Regierung, daß sie es unterlassen hat, durch klare und unmißverständliche Erklärungen über ihre Kriegsziele die Friedensströmungen, die in den Ländern unserer Gegner am stärksten bestehen, zu klären.

Englische Stimmen.

London, 27. Januar. (Reuters.) Die Abendblätter berichten die Reden des Reichsministers und des Oberen Czerwin. — Der Daily Mail sagt: Wir sind bestrebt, in einer so wichtigen Angelegenheit nicht zu verfehlen und keinen Schritt unüberlegt zu tun. Aber wir können über die Reden im ganzen genommen zu keinem anderen Schluß, als daß Hertling, mit den besten Absichten hinter ihm, sich bemüht, die Türen geschlossen zu halten, die Europa gewissermaßen zu öffnen suchte. Das ist nicht der Weg zu einer Liga der Nationen oder einem halboffenen Frieden, den wir suchen und für den wir festhalten müssen, es ist zu kämpfen. Unter diesen Umständen haben wir keine Wahl, als zu bleiben und alle unsere Kräfte und Mittel zu verwenden, um den Kampf zu gewinnen. Mit Hertlings Reden der jüngsten Tage haben wir uns schon beschäftigt. Wir wissen, daß Deutschland und Oesterreich die Vertreter dieses Krieges sind. Wir kämpfen noch immer den beispiellosen Militarismus und haben das größte Vertrauen, daß wenn wir darin beharren, wir ihn ein für allemal machen können. — Manche der Guardian sagt in einem Artikel: Hertling vertritt sich bezüglich auf Deutschlands Stellung zu Belgien, wie er sagt, niemals so allseitig wie Czerwin. Czerwin ist sehr verächtlich. Der allem ist der Unterschied zwischen den amerikanischen und den österreichischen Reden nicht ein Unterschied um eine Verbesserung auszusprechen. Es besteht Uebereinstimmung nicht allein in den Hauptbegriffen, sondern auch über einige der feineren Punkte. Bei der Beurteilung dieser Erklärung müssen wir uns erinnern, daß Wilson die italienischen Ansprüche, selbst die Nationalität gedeiht sind, ausdrücklich unterstellt. Czerwin's Ungarn lehnt die Ansprüche nicht vorher ab, sondern erklärt, daß der Austausch der Ansichten vor, der der Austauschpunkt für eine solche Aussprache zwischen allen Kriegführenden sein sollte.

Hertling's Wort sagt: Die Mittelmächte müssen alle Schritte zwischen die Mittelmächte zu ziehen. — Der Guardian sagt in der letzten Nummer: Über Rußland und Kwantung. Die Nachrichten mit diesen Wörtern solle nach seiner Ansicht nicht in den Stellen, worin Frankreich und Italien behandelt werden. Die Nachrichten mit diesen Wörtern solle nach seiner Ansicht nicht in den Stellen, worin Frankreich und Italien behandelt werden. Die Nachrichten mit diesen Wörtern solle nach seiner Ansicht nicht in den Stellen, worin Frankreich und Italien behandelt werden. Die Nachrichten mit diesen Wörtern solle nach seiner Ansicht nicht in den Stellen, worin Frankreich und Italien behandelt werden.

ist ein Fall gegeben, der sich der Einwirkung der Willkür entzieht. Wie die anderen... die Unberücksichtigung ihrer Interessen... die Unberücksichtigung ihrer Interessen... die Unberücksichtigung ihrer Interessen...

Amerikanische Prüfküchungen.
New York, 27. Januar. Neuter Nach der New York Herald bezüglich... die Front bestimmt... die Front bestimmt... die Front bestimmt...

Vor Verhandlungen zwischen Wien und Washington?
Nach einer Mitteilung erhält die Reuters Words... die diplomatische Lage... die diplomatische Lage... die diplomatische Lage...

Bevorstehende Antworten Lord Georges.
Die Daily News berichten, dass Lord Georges demnächst nach... die Antworten... die Antworten... die Antworten...

Der U-Bootskrieg.
Berlin, 28. Januar. (Antik.) Unsere U-Boote... den Verlust von 18 000... den Verlust von 18 000... den Verlust von 18 000...

Der Chef des Admiralskabs.
Berichte Transporttransport- und Munitionsdampfer... die Munition... die Munition... die Munition...

Der Cunard-Dam für Andania torpediert.
London, 28. Januar. (Neuter.) Der Cunard-Dampfer... die Andania... die Andania... die Andania...

Der Hanfband für uneingeschränkte Privatwirtschaft.
Der Hanfband, der ja eine Organisation zur Vertretung... die Privatwirtschaft... die Privatwirtschaft... die Privatwirtschaft...

mitwirken haben bei der Vorbereitung und Mehrung des Wohlstandes, der Leistungsfähigkeit und des Ansehens des Vaterlandes. Im Interesse der dringenden erforderlichen Entlastung aller produktiven Kräfte der Wiederherstellung des Mittelstandes und der Kräftigung sowie des vortrefflichen der Angehörigen zu selbständigen Unternehmern wird daher der Hanfband jede Zwangswirtschaft auf dem städtischen beschränken, die zur Ausschließung und Beschränkung des freien Handels... in der Friedenswirtschaft und zur Beschränkung in Industrie, Gewerbe und Handwerksfähigen müsse. Es mag dabei keinen Unterschied, ob diese Zwangswirtschaft in der Form direkter wie amtlicher geleiteter Staatsmonopole oder in der Gestalt formell lausamännlich geleiteter, aber tatsächlich faktisch ganz oder monopolistischer Allein-Privatbetriebe erfolgt. Ebenso wird der Hanfband energisch aufstreben gegen jedes längere Fortbestehen und gegen jede Resthaltung solcher Zwangswirtschaft, die im Gegensatz zu freien Vereinigungen der Beteiligten hinsichtlich ihrer Gründung, Leitung, Verwaltung und Auflösung behördlicher Entscheidung unterliegen. Das Präsidium: Dr. Richter, Einzelhändler, Marschall. Die Geschäftsleitung: Dr. Leibig.

Es ist begreiflich, daß der Hanfband wünscht, nach dem Kriege möchten alle Beschränkungen, die dem Profitstreben der Unternehmer auferlegt sind, verschwinden. Im Interesse unserer Volkswirtschaft liegt die Erfüllung dieses Wunsches nicht. Anstelle der Verflechtung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens wurde vor dem Kriege und wird auch heute eine unendliche Verflechtung von Gütern und Arbeitskräften getrieben. Man denke nur an die großen Summen, die für die Rüstung ausgegeben werden, an die Riesenmenge von Arbeitskräften, die zum größten Teil nur der Konkurrenz dienen, die Ueberzahl von Betrieben im Klein- und Großhandel, deren Bestehen dazu führt, daß viele Arbeiter, die nur einmal gemacht zu werden brauchten, zehn- und hundertmal gemacht werden und daß die Leistungsfähigkeit zahlreicher Arbeitskräfte nicht voll ausgenutzt werden kann. Nach den ungeheuren Verlusten, die uns der Weltkrieg gebracht hat, können wir uns diesen unsinnigen Luxus nicht mehr leisten. Nur wenn wir in viel höherem Grade als bisher die vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte und die sachlichen Hilfsmittel der Gütererzeugung ausnützen, werden wir die schweren Lasten tragen und ausgleichen können, die der Weltkrieg uns gebracht hat. Deswegen ist es unbedingt nötig, daß in weitem Maße in unserem Wirtschaftsleben die Organisation an die Stelle des freien und ungelegten Spiels der Kräfte tritt. Das ist eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk und dahinter müssen die Interessen der Unternehmer zurücktreten, denen natürlich jede Einschränkung ihrer freien, wirtschaftlichen Betätigung und ihres Profitstrebens lästig ist.

Die Herrenhausvorlage vor dem Ausschuss.
Eine ungeheure Spannung liegt über dem Volk! Die Wahlrechtsbeerdigungskommission des Reichstages... die Wahlrechtsbeerdigungskommission des Reichstages... die Wahlrechtsbeerdigungskommission des Reichstages...

Es liegt ein konkrakter Antrag vor, daß der der Krone am nächsten stehende volljährige Agnat (Kronprinz) stets zum Herrenhause berufen werden müsse. Ferner beantragen die Konservativen die lebenslängliche Mitgliedschaft der Prinzen des kaiserlichen Hauses, des Fürsten von Hohenzollern, des Erben der im Jahre 1800 deponierten Kaiserin, der Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg sowie der Kaiser der nach der deutschen Bundesakte vom 8. Juli 1815 zur Erbfolge berechnigten vormaligen deutschen reichsherrlichen Kaiser im Preussischen Herrnhause. Minister des Innern Dr. Trems erklärt, daß die Regierung sich definitive Stellungnahme vorbehalten müsse. Die Abstimmung über den Paragraphen wurde angelegt.

Der § 3 der Vorlage zählt den Kreis derjenigen Personen auf, die lebenslänglich in das Herrenhaus berufen werden sollen, und zwar 10 Vertreter der vormaligen Reichshäuser, 24 Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren, und 28 Mitglieder solcher Personen, die jetzt mit erblicher Vereinerung dem Herrenhause angehören. Die Fortschrittler beantragen, die vier genannten Personen gleichfalls nur auf 12 Jahre zu berufen. Ein Fortschrittler erklärt, seine Partei bekämpfe das Prinzip der lebenslänglichen Vereinerung. — Dielem Antrag schlossen sich die Nationalliberalen und Freikonservativen an, während die Konservativen und das Zentrum ihn bekämpften. Schließlich wurde die Frage einem Unterausschuss überwiesen.

Nach § 4 sollten auf Grund von Präsentation in das Herrenhaus berufen werden: 1. 26 Bürgermeister größerer Städte für die Dauer der Amtszeit; 2. 26 Vertreter von ländlichen Grundbesitzern in einem Umlaufe von mindestens 100 Hektar, die sich zur Zeit der Präsentation bereits 50 Jahre im Besitze ein und derselben Familie befinden, für die Dauer der Amtszeit; 3. 26 Reiter großer Unternehmungen der Industrie oder des Handels für die Dauer der Bekleidung dieser Stellen.

Hierzu liegt eine große Reihe von Anträgen vor. Minister Trems begünstigt die Bevorzugung des Großgrundbesitzes mit dessen Bedeutung und dem historisch Gewordenen. Die Einschränkung einer besonderen Vertretung des kleinen Grundbesitzes würde das System des Entwurfs durcheinander bringen. Ein Konservativer spricht sich für berufsbahnde Zusammenziehung des Abgeordnetenhauses aus. Ein Nationalliberaler wehrt sich dagegen, daß etwa die Vertreter der Städte von den Provinzialparlamenten gewählt werden sollen. Nachdem noch ein anderer Konservativer sich für berufsbahnde Abgeordnetentypen ausgesprochen und Minister Trems die vorgelegte Städtevertretung damit bekräftigt hatte, daß sie an die Stelle des im übrigen Rechts einer einzelnen Stadt die Auswahl der Kandidaten durch die Städte lege, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Deutsches Reich.
Zum Kampf ums Wahlrecht.
In General fand eine Kleinlandtagung für das freie Wahlrecht in Preußen statt. Um 4 Uhr vertiefen die meisten Arbeiter...

die Fabriken und zogen vor das Rathaus. Dort fand um 5 Uhr auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, um in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus gegen den Wahlrechtsvorstoß die Forderung der Bürgerrecht auf völlige Durchberatung der Wahlrechtsvorlage zu stellen. Die Stadtverordneten schlossen sich im Prinzip dem Antrag an. Ein Teil der Reden gipfelte durch Unwissenheit; die Herren wollten nicht das Recht für die Massenfundgebung abgeben, wie ihr Redner erklärte, der sich der Abstimmung enthielt.

Die Massenpartei brauchte unter Hoch auf das freie Wahlrecht und Abhängen der Wahlweise. Dann fanden in drei der größten Lokale der Stadt Versammlungen statt. Die Lokale waren überfüllt; die Mehrzahl der Demonstranten konnte keinen Einlass finden. Es sprach die Genossen Wabmann, Schred und Sebering über das Thema: „Der Kampf um das freie Wahlrecht.“ In allen Versammlungen wurde nachdrücklich Entschiedenheit einstimmig angenommen: „In der ersten ist, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts erfüllt werden kann, daß ferner der Befriedigung dieser Forderung eine unerschütterliche Voraussetzung des Verdringenswillens der freien Volksmassen ist, fordern die Versammlungen die unverzügliche Durchberatung und Durchführung der Wahlrechtsvorlage.“

Jede Verschleppung der Reform, jede Verschlechterung der Regierungsform ist ein Hohn auf die Erwartungen der Volksmassen, die nun schon zehn Jahre lang geduldig der verschleppten „organischen Fortentwicklung“ des Wahlrechts horren. — Die Versammlungen erklären, daß sie den Verschleppungs- und Verschleppungsmaßnahmen der Wahlrechtskommission mit allen brauchbaren Mitteln zu begegnen entschlossen sind und die Verantwortung für die Folgen ablehnen, die sich aus dieser Abwehr ergeben könnten.

Die Versammlungen begrüßten die überreichlichen Arbeiter zu dem Erfolge, den sie in den letzten Tagen über die Forderung der Reform des Gemeindefortschritts bezogen haben. Sie versprechen, ihre ganze Kraft einzusetzen, daß auch Deutschland durch eine Reform der inneren Einrichtungen zu einer starken und geeinigten Volksgemeinschaft wird. Unter Acht auf das allgemeine geistige, direkte und gleiche Wahlrecht werden die Versammlungen geschlossen. Die Kundgebung am 18. 1918 bis 12 000 Mitglieder beteiligten, nahm einen tüchtigen, ersten Verlauf.

Bayer wieder hergestellt.
Der Nationaler Wirtlicher Arbeiter Rat von Bayern trifft den letzten Sonntag wieder herzustellen am 31. Januar in Berlin ein und wird schon in den nächsten Tagen die Geschäfte seines Amtes übernehmen.

Die Deutsche Zeitung verboten. Das Erscheinen der Deutschen Zeitung ist durch Verfügung des Oberkommandos in den Marken auf Grund der Ausübung in dem Artikel „Graf Hertling bittet um neue Arbeitsbedingungen“ zunächst auf die Dauer von drei Tagen verboten worden.

Ausland.
Spanien.
300 000 Arbeiter in den Ausstand getreten.
Nach einer Mittheilung sind in Barcelona jetzt über 300 000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Alle Fabriken sind geschlossen. Die Lebensmittelgeschäfte sind geplündert. Die telegraphischen Verbindungen mit der Hauptstadt sind unterbrochen.

Aus aller Welt.
Straßenbahnzusammenstoß im Nebel.
Zwei schwere Straßenbahnzusammenstöße, die beide ihre Ursache in dem dichten Nebel hatten, der über Berlin lag, haben sich am Montag am späten Nachmittag ereignet. In der Gral-Adern-Allee in Reinickendorf stießen zwei Wagen der Linie 28 zusammen. Die Straße ist dort eng und hat nur an einzelnen Stellen Ausweichplätze. Durch den starken Nebel war den Fahrern die Luft nicht vollkommen genommen, so daß es unmöglich war, daß sie einander bemerken konnten. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig. Vier Personen, darunter der Fahrer der beiden Wagen, wurden schwer, sieben Personen leicht verletzt. Auch der Materialschaden ist erheblich. Der zweite Zusammenstoß ereignete sich in der Dresdener Straße. Auch hier trägt der Nebel die Schuld an dem Unglück. Zwei Wagen der Linien 28 und 29 stießen an einer Spinnweiche zusammen. Schwere Verletzungen erlitten bei diesem Zusammenstoß die Frauen Conrad (Reichhauer Pomm 8) und Emma Thum (Reichhauer 3, in Reuthaus).

Die größte Dampfmaschine Wiens niedergebrannt.
Wien, 28. Januar. Die größte Dampfmaschine Wiens, die von Kaiser-Ferdinand, ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag mit ihren geladenen Vorräten an Getreide und fertigen Wahlprodukten vollständig niedergebrannt. Ebenso sind alle Maschinen und Treibriemen, also das ganze Inventar der Mühle, verbrannt. Der Schaden ist zum größten Teil unersetzlich und wiegt deshalb sehr schwer, weil die größte Mühle Wiens auch für die Versorgung der Reichshauptstadt eine große Rolle spielte.

Letzte Telegramme.
Verluste Gasbergung.
Heute früh, 6.35 Uhr, wurde die Feuerweh nach einem Haufe der Großen Heubergstraße gerufen, wo sich ein 18jähriges Dienstmädchen mit Leuchtgas zu betteln betrauert hatte. Die an ihm angelegten Wiederbelebungsbemühungen waren nach 10 Minuten von Erfolg.

Letzte Telegramme.
Selbstliche Fliegeroffiziere zu Buchhausstrafen verurteilt.
Berlin, 28. Januar. Die am 17. Oktober 1917 selbstlich Comand abgeholten Inoffiziere eines Flugzeuges der 11. Squadron, Leutnant Scholz und Leutnant Bockel sind am 1. Dezember 1917 vom Gericht einer mobilen deutschen Kampfenkommandatur wegen Abwurfs selbstlicher Luftkugeln nach Verhaftung auf Grund von § 58 B. St. G. in Verbindung mit § 160 des Militärstrafgesetzbuches zu je zehn Jahren Buchhausstrafe verurteilt worden.

Leuerungszulagen für Rentenempfänger und Pensionäre.
Berlin, 28. Januar. (Antik.) Entsprechend den Zulagen für die Bewahrung von Kriegswunden auf Antrag der Leuerung an die Jubilanten im Hanfband und ihre Hinterbliebenen werden jetzt auch den verwundeten Beamten der Kreisverwaltung und ihren Hinterbliebenen Kriegszulagen zu zahlen. — Auch die pensionierten Flieger und die Rentenempfänger und ihre Witwen und Waisen sollen ebenfalls mit laufenden und einmaligen Kriegszulagen bedacht werden, für deren Bewilligung der Fliegern usw. das Kriegsmilitärministerium, bei Rentenempfängern usw. das Reichsamt für Kriegsbeschädigte Generalkommando in Frage kommt.

Vorherige der ländlichen Landeswetterwarte.
Für den 30. Januar 1918:
Zeitweise mild; keine wesentliche Neuerung; trocken.

Ausstellung: Die Kriegsbeschädigten- Fürsorge in Deutschland

Rübenverkaufsstelle.

Zur Rübenverkaufsstelle ist für den Bezirk des unterzeichneten Kommunalverbandes (Stadt Dresden, königliche Amtshauptmannschaften Dresden-Albstadt und Dresden-Neustadt) die Firma **Scheffler, Sieg & Co.** in Dresden-Albstadt, Mosigstraße 2 (Telefonnummer 19009/19010)

gemäß der Verordnung des königlichen Ministeriums des Innern über den Verkehr mit Rüben im Königreich Sachsen vom 28. Dezember 1917, § 3 Ziffer 3, von der Landesstelle für Gemüse und Obst bestimmt worden.

Dresden, am 26. Januar 1918.

Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Verkehr mit Kohlen.

Wie noch immer anhaltende Kohlenknappheit gibt Anlaß zu folgenden Bestimmungen:

Grund- und Zuzugskarten.

Den unbefristeten Dezember- und Januar-Abnahmen der Grundkarten sowie der blauen und roten Zuzugskarten wird Gültigkeit bis zum 31. März 1918 beigelegt. Sie dürfen demnach bis dahin noch geliefert werden.

- Die Zulieferung ins Haus wie die Abgabe am Lager darf für die einzelne Haushaltung
 - a) auf die Grundkarte fünf Zentimeter Stein- oder Braunkohlen oder Industriebrünette oder fünf Zentimeter Holz oder 700 Stück Hausbrandbrünette oder 250 Stück Steinbrünette oder fünf Zentimeter Anthrazit,
 - b) auf die blaue und rote Zuzugskarte außerdem abermals fünf Zentimeter Kohlen oder die entsprechenden Mengen Holz oder Brünette oder Anthrazit nicht übersteigen. Es dürfen also in keinem Falle mehr als zehn Zentimeter auf einmal geliefert werden.
- Auf Untermerkmalekarten dürfen höchstens 2½ Zentimeter Kohlen oder die entsprechenden Mengen Holz oder Brünette oder Anthrazit auf einmal geliefert werden.
- Die gelben Zuzugskarten dürfen nur geliefert werden.

Neues Ausstellungsgebäude, Lennéstraße

Eintritt 30 Pf. Vereine bei Mitgliedsabnahme von 50 Personen 20 Pf. Militär und Schüler 10 Pf.
Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 1/8 Uhr abends, Sonntags von 11 Uhr vorm. ab.

- Betreffs der Kohlen wird in Erinnerung gebracht, daß sie auf Grundkarten überhöhen wie im Einverständnis mit dem Verbraucher, auf blaue, rote und gelbe Zuzugskarten ohne Unterscheidungszeichen des Verbrauchers nur in Höhe von 1/2 der auf den Karten angegebenen Rubrikmenge abgegeben werden darf.
- Die Abgabe von fünf bis zehn Zentimeter an den einzelnen Verbraucher darf einmal sowie die Zulieferung ins Haus ist dem einzelnen Händler nur insoweit erlaubt, als durch seine Rubrikempfang die Belieferung der Grundkarteninhaber, die in kleineren Mengen selbst abholen, und der Zuzugskarte (in außerordentlichen Fällen) laufend sichergestellt ist. Wanne und rote Zuzugskarten dürfen von dem einzelnen Händler nur dann geliefert werden, wenn dadurch die Belieferung der Grundkarten und der Zuzugskarte in dem vorerwähnten Umfang nicht beeinträchtigt wird.

Bezugskarte.

- Auf Bezugskarte darf im Februar nicht mehr als 1/4 der ausgebilligten Gesamtmenge geliefert werden.
- Ausnahmen sind angunken der Wäckeren ohne weiteres, im übrigen nur mit vorher eingeholender Genehmigung des Kohlenamtes zulässig.

§ 4.

- Die vorstehenden Beschränkungen Dresdener Händler gelten auch für die Belieferung von Verbrauchern in den Amtshauptmannschaften Dresden-Albstadt und Dresden-Neustadt.
- Die Abgabe von Kohlen, Brünette oder Holz an Verbraucher im Bezirke der beiden Amtshauptmannschaften ist nur gegen Entgegennahme einer entsprechenden Anzahl von Kohlenkarten der dort geltenden Kohlenarten oder gegen Ablieferung auf den dort geltenden Bezugskarten gestattet.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach § 18 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 19. Juli 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geld bis zu 10000 R. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Eingebung der Kohlenämter erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gebühren oder nicht. Außerdem haben Händler, die sich in der Befolgung der vorstehenden Bestimmungen als unzuverlässig erweisen, die Zurückziehung der Zulassung beim Kohlenamt zu gestattenden.

Dresden, am 26. Januar 1918.

Der Rat zu Dresden.

Potschappel.

Auf Abchnitt X der Landesordnung kann von heute an in den Geschäften, für dessen Kundenliste der Karteninhaber angemeldet ist, 1/2 Pfund Butter zum Preise von 45 Pf. entnommen werden.

Potschappel, den 29. Januar 1918.

Der Gemeindevorstand.

Sparkasse Niedersieditz.

1/2 Pfund Zinsen. Tägliche Verzinsung. [S 206]
Geschäftszeit: Dienstag 9-1 Uhr. Poltschappel-Str. 19/202

Dresdner Volkshaus-Theater

Direktion: Karl Friedhelm
Ritschenbergstraße 2 Am Schützenplatz

Mittwoch den 30. Januar, nachmittags

Hänsel und Gretel

Kindermärchen in fünf Bildern von Große.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 20 Pf. [S 71]

SARRASANI

Mittwoch, 30. Januar

3 UHR und 7 UHR
2 VORSTELLUNGEN
NEUER SPIELPLAN
Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus. [S 59]
Sarrasani-Trocadero: 6-11 Uhr Stimmung-Abende

Bereinshaus.

Wiefriedensuchen den Frieden suchte
Anfangszeiten: 31. Jan., 2., 5., 10., 14., 17., 19., 26. Jan., 3., 6. Feb.
(Vorverkauf im Invalidenamt und Söckners Buchhandlung, Dresden-Al.) [S 19]

Musenhalle.

Vorstadt Lößnitz, Kesselsd. Str. 17, Straßenbahn 7, 10, 22
Tägl. abds. 8, 10. Mit großem Erfolg angenommen.
Neuerst Span. Deschamps-Operette in 4 Akten von Paganini
Sherlock Holmes für drei. Neue Neufassung.
Wiederholung 1. und 2. U. [S 16]

Döhlen! Döhleuer Hof

(Rote Schenke)
Mittwoch den 30. Januar, abends 8 Uhr

Ich lasse dich nicht

Romantisches Schauspiel in 2 Abteilungen und 5 Akten von P. Courty-Rabier, nach dem gleichnamigen Roman. [W 39]
Dresdner Hausfrauenbund
Beginn d. Zuschuhlung m. anst. Musikern u. Strophen-
schen Montag d. 4. Februar, vorm. 11/4-11/2, dauernd
Mittwoch u. Freitag Fortsetzung. Windelmannstr. 2, Dau-
ernd. Fr. 8 Pf. Anmeldung dort. [S 20]

Automateneinsteller

werden angenommen. [S 82]
Oskar Hauke, Radebeul
Schrauben- und Schlosserfabrik.

Maschinenschlosser, Dreher
Horizontalbohrer [S 243]
in dauernde Beschäftigung sucht
Eisenwerk Coswig, Akt.-Ges., Coswig i. Sa.

Perfekte Eisendreher

militärfrei, stellt ein [S 81]
Dresdner Zahnradfabrik, Söbauer Str. 100.
Tätige

Dreher u. Schlosser

sofort gesucht.
„Universelle“
Zigarettenmaschinen-Fabrik J. G. Müller & Co.
Dresden-Al. 28, Tharandter Str. 17. [S 19]

Wir suchen sofort in dauernde Stellung
Mechaniker, Werkzeug-
schlosser und Dreher
Ernemann-Werke A.-G., Dresden
Schandauer Straße 48. [S 340]

Dreher und Fräser

zu guten Löhnen für sofort gesucht.
The United Cigarette Machine Comp., Fil. Dresden
Torn-Albstadtstraße 43. [S 243]

Zücht. Wickler u. Mechaniker

für Reparatur elektrischer Maschinen in dauernde Stellung
gesucht. **Ing. J. Siebmans, Wackerbleichstr. 26.** [S 87]

2 Lehrlinge

die Lust haben, das Steinbrücker-Handwerk zu erlernen,
werden für Ostern angenommen. **Stunstanzlitz Sargota,**
Woblastad Gumnitzsch, Dr.-Teichau, Industriestraße 67.

Wir suchen für sofort
kräftige Arbeiterinnen
Meldungen 8-9 Uhr vorm. **Hamburger Str. 19**
Altiengeellschaft vorm. [S 119]
Seibel & Naumann, Dresden.

Strohhut-Näherinnen

auf große Posten Strohhüte
in und außer Haus sofort gesucht. [S 134]
G. Küchenmeister, Birkenstraße 15

Zieher(innen)

für Post und Straß sofort gesucht. [S 133]
G. Küchenmeister, Birkenstraße 15

Schneider-Innung

zu Dippoldswalde.
Mehrere gute

Lehrstellen

sind sofort oder Ostern zu
vergeben. Zu melden bei
Otto Freigige
Obermeister [S 82]
Groß-Cessa b. Habenan.

+ Frauenartikel +

Seib., Monats-, Wädelbinden,
Kleiderbinden, samt sanitären
Wäschen, Säuglings- u.
Krankenartikel, Wummelwägen
(Friedenswägen). [S 138]
Aus erstklassigen Waren.
Tarnenbinden u. m. Frau.
Gummiwarenhaus Sanitas
Freiburger Platz
Gebrüder 1004.

• Möbel •

aller Art und Federbetten
preiswert zu verk. [S 340]
Kangermann, Gr. Brüder-
gasse 11, 1. Etg. Querstraße.

Altpapier

Alle Regenschirmbezüge
Welle
jeder Art und in jeder We-
handlung kauft zum höchst-
lichen Höchstpreis. [W 189]
M. Bahl, Gröbelftr. 7.

+ Sanitärer +

Arbeiter für Kranen- und
Wochenpflege. [S 10]
Frau Heusinger
Am See 37.

Sonjgurken, Salz-, Kaffee- und
Tabakwaren, Zigaretten, gepö-
belte, Weine, Liköre, Farben u.
Kost. Waren, Gröbelftr. 28

Edelheid Popp:

Aus meinen
Erinnerungen
Kindheit und Mädchenjahre.
Zus. der Agitation u. andere.
Preis 1,25 Mark.

Wolfsbuchhandlung

Beim See, lag 10.
Nach langem, schwerem
Leiden verschied mein
herausragender Sohn
Georg Herrmann
Heizungsmeister
in tiefstem Schmerz
P. Hermann geb. Junge,
Bismarckstr. 16. [S 140]

Sänger Herr

einem Leben hat er
sich in Musik weiter
ausbilden kann. Er
Habenauer Str. 12, v. 8.

6. Reichstags-Wahlkreis

Nachruf.

Den Parteigenossen und -genossinnen hiermit zur
Nachricht, daß am 14. Januar 1918 der Genosse
Paul Max Fischer, Schlichter
Bozirk Löbtau
im Saalhäuser Lazarett, und der Genosse
Oswald Leopold, Wäler [S 333]
Bozirk Strleson
am 12. Januar 1918 verstorben ist. Ihre Ihren
Angehörigen!

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden u. Umg.
Unsere Mitglieder teilen wir hierdurch mit, daß
der Genosse
Georg Herrmann, Heizungsmeister
am 28. Januar verstorben ist. Die Beerdigung findet
am Mittwoch 11/2 Uhr auf dem Zentralfriedhof
St. Marien statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Die Ortsverwaltung. [S 333]

Mar Bruno Kresschmar

Zurückgelegt vom Grabe meines lieben, unsterb-
lichen Gatten, des Steinmeiers
Mar Bruno Kresschmar
sage ich allen Freunden, Bekannten, Verwandten, Be-
trauerten, Nachbarn, dem Verband der Steinmetzen
und seinen Kollegen für den reichen Blumenkranz und
das ehrende Beisetzen zur letzten Ruhestätte den
herzlichsten Dank.
Dresden, Bismarckstraße 27.
Die tieftrauernden Gattin
nebst Hinterbliebenen. [S 139]

Herrn Otto Barthel

für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und
Teilnahme meines lieben Gatten, meines guten, lie-
berlichen, treuernden Vaters, meines lieben, guten
Sohnes, meines lieben Bruders, Schwagers und Onkels.
Herrn Otto Barthel
sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten
den Herrn Vatter Barthel für seine liebevollen, reich-
reichen Worte am Grabe, seinem Herrn Gatte und seiner
Arbeitskollegen sowie dem Trauerkreis. Die Anteil-
nahme, das Beisein und die Teilnahme. Die Anteil-
nahme, das Beisein und die Teilnahme.
Alteingeladene, Johannstraße 7.
Dresden-Al., Ostbäderstraße 47.
[W 276] Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Elisabeth Klara Krüger

Sie durch die traurige Nachricht, daß unsere liebe
Tochter und Schwester
Elisabeth Klara Krüger
im Alter von 18 Jahren nach langem, mit großer
Geduld ertragenem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetriibt an
Dresden-Al., Ostbäderstraße 64., den 27. Jan. 1918
Familie Krüger.
Die Beerdigung findet Mittwoch den 30. Januar
mittags 12 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes
aus statt. [S 139]

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

28. Sitzung. Montag, 28. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr.
Den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn v. Scharf, wurde die Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Verhandlung der Angelegenheiten der Frauen an der Gemeindevertretung mitgeteilt.

Beteiligung der Frauen an der Gemeindevertretung.
Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

Der Antrag sucht die Staatsregierung, 1. eine Änderung der Gemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in § 121 bis 123 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Änderung der Gemeindeordnung für mittlere und kleine Städte und Gemeinden in der Weise herbeizuführen, daß auch in diesen Städten ohne Beschränkung der Zahl in allen Gemeinden die Beteiligung der Frauen an der Gemeindeverwaltung ermöglicht werden können.

die Krüppelhilfe und die Bekämpfung der Schwindhuth. Aus der unvollständigen Begründung des Gesetzentwurfs wird dem ionischen Inhalt des Entwurfs (Dekret 15) geht jedoch hervor, daß es sich hauptsächlich um eine bessere Säuglings- und Kleinkinderpflege handelt, denn die übrigen noch genannten Aufgaben der Wohlfahrtspflege werden in der Vorlage nur kurz, gewissermaßen so nebenbei behandelt.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen. Es ist Karl August Ringner, der durch seine Lohndisziplinierung rasch ein schwerer Mann geworden war und dessen öffentliche und gemeinnützige Tätigkeit ihm auch mancherlei Auszeichnungen eingetragen hat.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen.

Wenn die erstere Aufgabe jetzt erst in Angriff genommen werden soll, so ist der tiefere Grund hierfür die trotz dem Rückgang in den letzten Jahren noch ungemein hohe Kindersterblichkeit in Deutschland und die Tatsache, daß aus dieser traurigen Erkenntnis Sachsen mit den größten Ziffern noch besonders hervorsticht. Dieser ebenso beschämende wie niederdrückende Krebschaden unserer Gesellschaft hat aber nun nicht die sächsische Regierung besonders in Bewegung gesetzt, wohl aber einen bekannten, für sich verdorbenen Großindustriellen veranlaßt, sich für die Bekämpfung dieser Kulturkrankheit einzusetzen.

und in Dresden lehnten die Stadtverordneten unter Führung der Nationalliberalen es ab, den Frauen Stimmrecht in den Ausschüssen zu erteilen und ein Vorgehen zu unterlassen, das die Stimmberechtigung der Frauen ermöglichen sollte. Daraus ergibt man klar, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien trotz dem gestrigen Landtagsbeschlusse noch nicht einmal daran denkt, die Frauen zur Mitarbeit in Gemeindeausschüssen zuzulassen, geschweige denn ihnen Gleichberechtigung zuzusprechen. Die meisten bürgerlichen Abgeordneten stimmten offensichtlich dem Antrag zu, weil sie wußten, daß aus der Stimmberechtigten Mitarbeit der Frau infolge des Verhaltens der Gemeindevertretungen doch nicht viel wird. Es mag ja sein, daß der Krieg den Frauen Türen öffnet; soll dieser Fortschritt aber bestehen bleiben, muß alles aufgegeben werden, was zu verteidigen, besonders mühten die Frauen selbst auf dem Posten sein.

Bemerkenswert aus den gestrigen Verhandlungen ist noch die Erledigung der Beschwerden wegen erweiterter Dienstverpflichtung. In der stürmischen Sitzung am 21. Januar waren sie von dem erregten Präsidenten an die Abg. Röggen und Brodau ergangen. Der Fall des Abg. Röggen erledigte sich dadurch, daß der Präsident Dr. Vogel selbst anerkannte, im Falle er zu weit gegangen zu sein. Beim Abg. Brodau handelte es sich darum, daß er das Tirpitzsche Treiben als Freiwild bezeichnet hatte. Klar wies Abg. Dr. Roth nach, daß ähnlich und noch schärfere Ausdrücke in anderen Parlamenten ohne Veranstandung gesprochen sind und die Redefreiheit bedroht ist, wenn in solcher Weise Ordnungsrufe erteilt werden. Es nutzte nichts: die Herren von der Vaterlandspartei hielten sich hinter ihren Vorsitzenden Tirpitz und dedeten so den Präsidenten. Auffällig war jedoch bei der Abstimmung, daß bei den Nationalliberalen viele Säcken zu bemerken waren. Offenbar war das darauf zurückzuführen, daß eine Anzahl von ihnen mit dem Verfahren Dr. Vogels auch nicht einverstanden war.

Bemerkenswert aus den gestrigen Verhandlungen ist noch die Erledigung der Beschwerden wegen erweiterter Dienstverpflichtung. In der stürmischen Sitzung am 21. Januar waren sie von dem erregten Präsidenten an die Abg. Röggen und Brodau ergangen. Der Fall des Abg. Röggen erledigte sich dadurch, daß der Präsident Dr. Vogel selbst anerkannte, im Falle er zu weit gegangen zu sein. Beim Abg. Brodau handelte es sich darum, daß er das Tirpitzsche Treiben als Freiwild bezeichnet hatte. Klar wies Abg. Dr. Roth nach, daß ähnlich und noch schärfere Ausdrücke in anderen Parlamenten ohne Veranstandung gesprochen sind und die Redefreiheit bedroht ist, wenn in solcher Weise Ordnungsrufe erteilt werden. Es nutzte nichts: die Herren von der Vaterlandspartei hielten sich hinter ihren Vorsitzenden Tirpitz und dedeten so den Präsidenten. Auffällig war jedoch bei der Abstimmung, daß bei den Nationalliberalen viele Säcken zu bemerken waren. Offenbar war das darauf zurückzuführen, daß eine Anzahl von ihnen mit dem Verfahren Dr. Vogels auch nicht einverstanden war.

Ausschubbeschlüsse über die Versteuerung der Feuerungszulagen.

Die Finanzdeputation A der Zweiten Kammer empfiehlt die Regierungsvorlage, wonach Feuerungszulagen zu besteuern sind, zur Annahme. Der Deputationsberichterstatter stellt dazu einige Forderungen auf, und zwar 1. eine Erweiterung des sogenannten Kinderparagrafen, 2. eine Berücksichtigung der verminderten Steuerfähigkeit dergestalt, daß § 13 des Einkommensteuergesetzes eine Erweiterung erfährt, 3. die Zulassung des Abzuges von Lebensversicherungsprämien bis zum Betrage von 1000 M., 4. eine grundsätzliche Herabsetzung des 16 des Einkommensteuergesetzes, 5. ebenso eine Herabsetzung der Vorschriften über die Berechnung des Einkommens aus dem Betriebe von Handel und Gewerbe nach dreijährigem Durchschnitt und 6. eine Herabsetzung der Vorschriften über die Steuerfreiheit der den Hinterbliebenen infolge des Krieges verstorbenen Hinterlassenen auf Grund gesetzlicher Vorschriften gewährter Beihilfen.

Die Regierung hat bisher eine ablehnende Stellung zu den meisten dieser Forderungen eingenommen.

Chemnitz. Heilmittel nachschickende Strafen und Zellen. Infolge der Auflage vom 2. Oktober 1917 in Oberlungwitz bei Zwickau geborenen Materialhändler Max Scherzner zur Haft. Bei dem Verkauf des Fleisches hatte er dadurch die feigeleichen Höchstpreise überschritten, daß er Fleisch und Butter für 6 Mark und Schinken für 7,50 Mark das Pfund verkaufte. Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von insgesamt 1216 Mark und zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Keine Kadetten aus dem Lande. Bei der Einfahrt eines Juges am Sonntagmorgen in die Oberstraße nach Chemnitz wohnte 21 Jahre alte Arbeiterin Müller auf den noch rollenden Zug, rutschte vom Zitterrost ab und fiel unter der Weiche. Hierbei wurden ihr beide Hinterbeine zerquetscht. Das Mädchen hat fünf denach. — Einer der bei Cambrai erbeuteten englischen Tante, die jetzt in Berlin aufgestellt sind, wird in Leipzig im Palmgarten aufgestellt.

Stadt-Chronik.

Erhöhung der „Ortslöhne“.

Zu einem großen Uebelstand hat sich die Tatsache ausgegliedert, daß die jetzt noch gültigen „ortslichen Löhne“, die in Friedenszeiten bereits festgelegt wurden, von den wirklichen Verhältnissen längst überholt sind. Da diese von den Behörden festzusetzenden „Ortslöhne“ für die Durchführung der sozialen Versicherung und viele andere Arbeiterangelegenheiten von großer Bedeutung sind, schädigen die viel zu geringen Entgelte die arbeitende Bevölkerung schwer. Durch mehrere Bundesrats-Berordnungen ist andergestaltet worden, daß die in § 131 der Reichsversicherungsordnung vorgesehene, veraltete, längst fällige allgemeine Preisfestsetzung erst nach dem Abzuge stattfinden soll. Gegen diese Anordnung ist von verschiedenen Körperschaften, so auch von der Generalkommission der freien Gewerkschaften, schon Stellung genommen und petitioniert worden. Kürzlich haben nun auch, wie jetzt bekannt wird, die preussischen Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft einen Erlaß an die Oberversicherungsämter gerichtet, in dem die Auffassung als unrichtig hingestellt wird, daß jetzt Preisfestsetzungen von Ortslöhnen unzulässig seien. Die Bundesrats-Berordnungen wollten nur, daß allgemeine Festsetzungen von Ortslöhnen gleichzeitig im ganzen Reich unterbleiben sollten. Unbedenklich davon bleiben Zwischenfestsetzungen in einzelnen Bezirken und Orten. Es bestanden deshalb keine Bedenken gegen einzelne Erhöhungen in Aussicht. Dabei ist indessen zu beachten, so heißt es weiter, „daß vielfach ein dringendes Bedürfnis für eine Herabsetzung der Ortslöhne namentlich für solche Bezirke vorliegen wird, in denen es sich in der Hauptsache um eine landwirtschaftliche Bevölkerung handelt. Die von der Regierung nicht in dem Maße betroffen wird wie die städtische. Ferner ist es wichtig, daß es sich bei Herabsetzungen des Ortslohnes nicht nur um die Erhöhung der Leistungen der Versicherungsträger, sondern auch um die der Beiträge handelt. Mit Rücksicht darauf, daß ein späteres Herabgehen auf niedrigere Sätze in der Friedenszeit mit Schwierigkeiten verknüpft sein wird, erscheint bei etwaigen neuen Maßnahmen auf diesem Gebiete eine besondere Zurückhaltung geboten. Auch ist zu berücksichtigen, daß es für die gegenwärtig außerordentlich belasteten Behörden unerwünscht sein wird, wenn sich die Abänderungsanträge sehr häufen.“ Hierzu ist zu bemerken, daß in dem landwirtschaftlichen Bezirken schon in der letzten Friedenszeit die Ortslöhne

wurde gestern über einen fortgeschrittenen Antrag verhandelt, der forderte, daß in die Gemischten Ausschüsse der Gemeinden überall Frauen gewählt werden können und ihnen das Stimmrecht gesichert sein soll. Wider Erwarten war das Haus mit Einstimmigkeit für die Forderung. Man würde aber sicher fehl gehen, wenn man die bürgerlichen Parteien nun als Förderer der Gleichberechtigung der Frauen einschätzen wollte. Wenn sie dem Antrage förmlich zustimmen, so, weil er sich in sehr bescheidenen Grenzen hielt und vor allem die Gemeinden zu nichts verpflichtet. Auch wenn die von den Fortschrittler geforderten Gesetzesänderungen durchgeführt und die Frauen ohne weiteres in die Gemeindeausschüsse gewählt werden könnten, würden sie größtenteils noch lange auf eine Zulassung zu dieser bescheidenen Mitwirkung warten können. Was in dieser Hinsicht möglich ist, zeigt schon die Tatsache an dieser Stelle kritisierte Mitteilung, daß selbst in der fortgeschrittenen Stadt Zittau den Frauen durch den Stadtrat die Zulassung zu den Ausschüssen verweigert worden ist.

Sächsische Angelegenheiten.

Sächsische Wohlfahrtspflege.

1. Eine Stiftung und die Regierungsvorlage.
Wie schon kurz mitgeteilt, ist dem Landtage eine Regierungsvorlage gegangen, die den Zweck verfolgt, die Wohlfahrtspflege im Lande auszubauen und sie großzügiger und einheitlich zu organisieren. Der nur drei Paragraphen umfassende Gesetzentwurf will zwar die eigentliche Wohlfahrtspflege noch den Gemeinden überlassen, die Aufsicht aber den Kreisverwaltungen übertragen, die auch mitzuführen haben. Die Kreisverwaltungen sollen erstere Städte gleichstellen. Als Wohlfahrtspflege im Sinne des Gesetzentwurfes sollen gelten die Säuglings- und Kleinkinderpflege, die Wohnungspflege,

Gewerkschaften und Uebergangswirtschaft.

Nachdem vor einer Woche der zweite Vorsitzende der Generalversammlung, Maximal Gustav Kaiser, in einer Versammlung der Dresdener Gewerkschaften über die deutschen Gewerkschaften während des Krieges gesprochen hat, hielt in der Versammlung des Dresdener Gewerkschaftsverbandes am 27. Januar im Volkshaus der bekannte Gewerkschaftstheoretiker Genosse Dr. Adolf Braun, Nürnberg, einen Vortrag über Gewerkschaften und Uebergangswirtschaft. Er führte etwa folgendes aus:

Der Friede, den wir ersehnen, wird keine holde, sondern eine sehr ernste und harte Zeit sein. Die Annahme, daß wir nach dem Kriege noch anhängen können, was wir im Juli 1914 aufgehört haben, ist ebenso eine Utopie wie die, daß wir nach Friedensschluß ganz von neuem empfangen würden. Der Krieg hat die Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft gewaltig beschleunigt, und wenn auch die Kriegswirtschaft nicht anders als Kriegswirtschaft ist, so hat der Krieg doch die Entfaltung zum Sozialismus auf das Äußerste gefördert. Die gewaltigen Probleme, die der Friedensschluß mit sich bringen wird, zwingen die Gewerkschaften, sich schon jetzt über die Aufgaben möglichst klar zu werden, die sie nach Friedensschluß, in der Uebergangswirtschaft, hauptsächlich zu erfüllen haben werden. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen werden bedingt und bestimmt sein durch die Wirtschaft, die sie uns nach dem Kriege entgegenzusetzen wird. Um die Wirtschaft nach dem Kriege zu verstehen, muß man die Wirtschaft während des Krieges begreifen. Diese ist eine für uns als Produzenten wie als Konsumenten als Einwirkung empfindbare Kriegswirtschaft, mit Bestimmungen, durch die Produktion, Vertrieb und Verbrauch teilweise völlig umgekehrt wurden. Das Entscheidende dabei war die Kriegswirtschaft, alle Produktion der Wirtschaft dieser Kriegswirtschaft untergeordnet. Soweit die Produktion diesen Aufgaben nicht diente oder in diesen Aufgabenbereich nicht übergriffen werden konnte, wurde sie völlig ausgeschaltet oder wenigstens stark eingeschränkt. So ergab sich eine Umwälzung unserer Volkswirtschaft, die vor allem zum Ausdruck kam in der Konzentration aller Roh- und Hilfsstoffe auf die Verwertung für die Rüstung.

Die Veranschaulichung dieser Konzentration ist eine besonders bedeutsame Erscheinung der Kriegswirtschaft. Hierbei von diesem Material nach anderen Zwecken für die Industrie frei wird, kann heute natürlich niemanden schaden. Aber jedenfalls werden die verbleibenden Vorräte nicht sehr hoch sein. Sie werden nicht ausreichen, um die Voraussetzungen zu schaffen, die Friedenswirtschaft sofort in Gang zu bringen. Der Rohstoffmangel wird für die meisten Industrien in der ersten Periode des Friedens den Ausschlag geben. Für eine ganze Reihe von Industrien sind wir auf die Einfuhr von Rohstoffen, zum Teil auch von Halbfabrikaten, aus dem Auslande angewiesen, besonders für die Textilindustrie. Der U-Straß-Krieg hat naturgemäß auch zu einer Einfuhrbeschränkung in die Orientierung über auf das notwendige Maß geführt, so auch für die englische und französische Textilindustrie, woraus sich ein schwerer Weltmarkt für alle ausgehenden in industriellen Produkte um diese Rohstoffe ergeben muß. Das gilt aber auch für die meisten anderen Industrien: die Holzindustrie, die Metallindustrie usw. Am wichtigsten werden die keramischen Industrien leiden, denen es heute mehr an Arbeitskräften und Rohstoffen als an Rohstoffen fehlt. Die größte Gefahr, der Textilindustrie, die hohen Produktionskosten, der Wettbewerb um die Rohstoffe und der gebotene Export gegen Deutschland werden also unsere Rohstoffversorgung schwer beeinträchtigen.

Wann kommt die Rüstung auf die deutsche Wälsche. Unser Rohstoffbedarf muß zum größten Teil von Ländern mit einer für uns ungenügenden Wälsche befreit werden, ehe wir zu regelmäßiger und beherrschender Zufuhr gelangen können. Es ist wohl nicht zu hoch gerechnet, wenn man die Einfuhr von Nahrungsmitteln für Menschen und Vieh, Holz- und Hilfsstoffen und Halbfabrikaten, die notwendig ist, um unsere Wirtschaft wieder in normalen Gang zu bringen, im ersten Friedensjahre auf 14 bis 15 Milliarden Mark veranschlagt. Im Frieden hatte unsere Einfuhr, die 10 bis 11 Milliarden Mark betrug, fast keine Geldrückstellungen zur Folge, weil wir sie mit unserer Ausfuhr und den Zinsen und Kapitalrückstellungen der dem Auslande geliehenen Gelder auszugleichen vermochten. Alle diese Voraussetzungen fehlen jetzt ganz oder zum Teil.

Der Deutsche Bundesmarktschein war vor dem Kriege so gut wie Gold. Das ist jetzt anders geworden. Nach dem Kriege wird es für den deutschen Handel außerordentlich viel darauf ankommen, daß er möglichst schnell seine Waren umsetzt und wieder zu Gelde kommt. Hier werden sich mancherlei Schwierigkeiten ergeben. Während Gold und goldwertige Geldsurrogate für den Warenaufkauf zum Zweck der Lebenshaltung notwendig sind, haben wir alles im Verkehr benötigte Geld verbraucht, weil wir auch an das Ausland während des Krieges für Lebensmittel und Rohstoffe Geld abgeben mußten, denn wir konnten sie nur in geringem Maße mit ausgeführten Waren bezahlen. Vermutlich werden wir also in irgend einer Form eine große Goldanleihe im Ausland aufnehmen

müssen, sei es durch das Ausland, sei es durch die jüdischen Kapitalisten. Auch aus anderen Gründen müssen wir nicht nur mit Kapitalisten während der Kriegszeit, sondern auch während der Uebergangswirtschaft rechnen. Zur Veranlagung aller dieser Anleihen werden ungeheure Summen aufgebracht werden müssen.

Über die künftige Steuerpolitik soll man sich in der Regierung noch nicht klar sein. Um diese wird, wie Cuffel in der Regierung sagt, ein großer Klassenkampf entbrennen. Man würde sich schon mit Steuern für Reich, Land und Gemeinde in der Höhe von 40 Prozent der Einnahmen. Von dieser Höhe würde die Hälfte auf den öffentlichen Fiskus und die Hälfte auf die Arbeiter fallen. Aber bei Kriegsende werden auch die Arbeiter einen Willküranspruch der Beschäftigten herbeiführen. Dieser Willküranspruch der Beschäftigten wird sich in der Uebergangswirtschaft geltend machen wollen. Die Uebergangswirtschaft gegen die Arbeiterwirtschaft durch die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege werden also der Arbeiterwirtschaft nach aller Richtung nach den besten Seiten bevor. Die Uebergangswirtschaft wird die besten Seiten bevor. Die Uebergangswirtschaft wird die besten Seiten bevor.

Man kommt, daß die einzelnen kapitalistischen Unternehmen und der Kapitalismus als Ganzes an Stärke und Macht bedeutend zurückgegangen sind. Der Arbeitermangel und andere Umstände haben die Produktion während des Krieges die Unternehmer, diese Macht der Arbeiter stellen zu lassen. Aber bei Kriegsende werden auch die Arbeiter einen Willküranspruch der Beschäftigten herbeiführen. Dieser Willküranspruch der Beschäftigten wird sich in der Uebergangswirtschaft geltend machen wollen. Die Uebergangswirtschaft gegen die Arbeiterwirtschaft durch die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege werden also der Arbeiterwirtschaft nach aller Richtung nach den besten Seiten bevor. Die Uebergangswirtschaft wird die besten Seiten bevor. Die Uebergangswirtschaft wird die besten Seiten bevor.

Arbeitslosigkeit nach dem Kriege wird die Uebergangswirtschaft gegen die Arbeiterwirtschaft durch die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege werden also der Arbeiterwirtschaft nach aller Richtung nach den besten Seiten bevor. Die Uebergangswirtschaft wird die besten Seiten bevor. Die Uebergangswirtschaft wird die besten Seiten bevor.

Das ist die erste Erscheinung der Uebergangswirtschaft: großer, kümmerlicher Bedarf, verhältnismäßig geringe Möglichkeiten, ihm zu entsprechen, Ueberfließ an Arbeitskräften und sehr geringe Arbeitsmöglichkeiten. In dieser Periode werden alle Anstrengungen gemacht werden, die für den Gang der Produktion nötigen Rohstoffe und Halbfabrikate zu beschaffen. Je stärker dieser Krieg ist, desto mehr wird sich die Warenverknappung, im ganzen Auslande wird sich derselbe Warenmangel bemerkbar machen mit ähnlichen Schwierigkeiten seiner Stellung. Ueberfließige Waren eines Landes werden auf dem Weltmarkt um jeden Preis verkauft werden. Das gilt auch für deutsche Waren, nur werden wir nicht als Käufer zur Verfügung haben, am ersten Glas und Porzellan, aber keine Textilstoffe und Metalle, Leder- und Hautwaren, alle diese Waren aus unseren bestbesetzten und die größte Masse von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigten Industrien.

Eine zweite Periode der Uebergangswirtschaft wird beginnen, wenn wir die für den Gang unserer Industrien notwendigen Roh- und Hilfsstoffe beschafft haben werden. Wenn wir uns nicht im Friedensvertrage in dieser Richtung sichern können, was viel wichtiger und wertvoller wäre, als daß von den Amerikanern angestrebte Handelsverträge, ist nichts zu befürchten, daß wir erst nach den feindlichen und durch ihre ständigen Geldrückstellungen im Vorprung befindlichen neutralen Staaten zur hohen Inbetriebnahme unserer Industrie werden kommen können. Wir werden einen sehr großen Bedarf des Auslandes nach unseren Waren in dieser zweiten Periode beobachten können. Wir wissen ja, daß uns die lange Kriegsdauer wirtschaftlich schwer geschadet hat, weil die Rüstung, die deutsche Waren aus uns unbefriedigt betrachtet, sie in der Kriegszeit erlernen konnten. Daher werden wir den Auslandsmarkt erst wieder neu erwerben müssen. Das dürfte im Osten Europas leicht sein, im Westen und in anderen Gebieten aber sehr schwierig. Doch wird diese Schwierigkeit in dieser zweiten Periode nicht so stark empfunden werden, weil die Pflege des Exportes bei dem ungeheuren Bedarf der eigenen Wirtschaft und bei den guten Verhältnissen, die man im Inlande erhalten kann, den meisten Unternehmen nicht dringend erforderlich wird. Nachfrage nach deutschen Waren in England und den Vereinigten Staaten wird die Produktion der Uebergangswirtschaft in der ersten Periode nach dem Kriege nicht so sehr beeinträchtigen, da gleich nach dem Kriege ein reichliches Material beschafft werden würde, den schon jetzt fehlenden Warenmangel zu befriedigen; auch die Unternehmer würden auf dem Standpunkt, daß nach dem Kriege bedeutende Arbeit vorliegen und alle Arbeitskräfte gebraucht werden würden. Genosse Leinen trat mit Friedrich Raumann und Walter Raabe die Auffassung, daß Japan Deutschland nicht gefährlich werden könne, da seine Wirtschaft während des Krieges auf Kriegswirtschaft eingestellt gewesen sei. Genosse Dr. Braun warnte in seinem Schlusswort vor optimistischen Auffassungen über unsere Lage nach dem Kriege: der gewerkschaftlichen Standpunkt sei es besser, alle drückenden Gedanken klar zu erkennen, dann werde man ihnen am besten zu begegnen vermögen. Die anregende Versammlung wurde hierauf von Besprechenden mit einer hingebenden Wahrung zu fester Einigkeit und treuer Solidarität geschlossen.

schafft und bei den guten Verhältnissen, die man im Inlande erhalten kann, den meisten Unternehmen nicht dringend erforderlich wird. Nachfrage nach deutschen Waren in England und den Vereinigten Staaten wird die Produktion der Uebergangswirtschaft in der ersten Periode nach dem Kriege nicht so sehr beeinträchtigen, da gleich nach dem Kriege ein reichliches Material beschafft werden würde, den schon jetzt fehlenden Warenmangel zu befriedigen; auch die Unternehmer würden auf dem Standpunkt, daß nach dem Kriege bedeutende Arbeit vorliegen und alle Arbeitskräfte gebraucht werden würden. Genosse Leinen trat mit Friedrich Raumann und Walter Raabe die Auffassung, daß Japan Deutschland nicht gefährlich werden könne, da seine Wirtschaft während des Krieges auf Kriegswirtschaft eingestellt gewesen sei. Genosse Dr. Braun warnte in seinem Schlusswort vor optimistischen Auffassungen über unsere Lage nach dem Kriege: der gewerkschaftlichen Standpunkt sei es besser, alle drückenden Gedanken klar zu erkennen, dann werde man ihnen am besten zu begegnen vermögen. Die anregende Versammlung wurde hierauf von Besprechenden mit einer hingebenden Wahrung zu fester Einigkeit und treuer Solidarität geschlossen.

Über diese Periode höherer Prosperität wird naturgemäß abgesehen werden. Die ersten Massen ihre schon in der ersten Periode der Uebergangswirtschaft Ersparnisse völlig verbraucht haben, die Produktion in der Uebergangswirtschaft überbeanspruchten wieder in Stand zu setzen, alle Wirtschaftsmittel ihren großen Bedarf bedeckt hat. Die Uebergangswirtschaft ist im wesentlichen beendet, und wir werden in eine Zeit kommen, die so ungewöhnlich für uns sein mag, für lange Zeit der normale Zustand unserer Wirtschaft nach dem Kriege sein wird.

Die Folgen des Krieges werden in ganz gewaltigen Ausmaßen zum Ausdruck kommen. Die starken Steuererhöhungen werden, was zu Reichen und Reichlichen abgeben, alle Volkswirtschaften so weit in ihren Ruin, vor allem dem Industriezweig, bringen, daß der wichtigste Anstoß für die Produktion, der Konsum der breiten Massen, an Bedeutung verlieren wird. Das wird auch eine Produktionsrückgang zeitigen, eine Steigerung der industriellen Misere, die durch die privaten Entbehrungen, Sparmaßnahmen und Auswanderungen erheblich wachsen muß.

Je geringer der Bedarf des inneren Marktes ist, desto lebhafter werden die Unternehmer darauf bedacht sein, den äußeren Markt zu pflegen, den Export zu steigern, das, was der Deutsche nicht kaufen kann, dem Auslande zu liefern. Dieses muß sich aber naturgemäß, soweit es sich um das jetzt lebende Auslande handelt, in der gleichen Lage wie Deutschland befinden und es wird dem Weltmarkt bringen deutscher Waren alle möglichen Schwierigkeiten machen. In ihrer Ueberzeugung wird der deutsche Unternehmer möglichst billig zu liefern versuchen, vor allem billiger als England, die Vereinigten Staaten und Japan. Diese Staaten werden ihre Ueberzeugung durch Exportation an Produktionskosten auszusprechen versuchen, hauptsächlich durch höhere Exportation von Arbeitskraft und möglichst niedrige Lohnsätze. Je höher der Unternehmer ihr Ziel erreichen, je vollkommener können die Lebenshaltung der Arbeiter auf neue heruntersinken.

Alle diese Möglichkeiten und Gefahren müssen die Arbeiter kennen und dafür sorgen, daß die Gewerkschaften zu ihrer Ueberzeugung die Uebergangswirtschaft in der Uebergangswirtschaft zu führen, das, was der Deutsche nicht kaufen kann, dem Auslande zu liefern. Dieses muß sich aber naturgemäß, soweit es sich um das jetzt lebende Auslande handelt, in der gleichen Lage wie Deutschland befinden und es wird dem Weltmarkt bringen deutscher Waren alle möglichen Schwierigkeiten machen. In ihrer Ueberzeugung wird der deutsche Unternehmer möglichst billig zu liefern versuchen, vor allem billiger als England, die Vereinigten Staaten und Japan. Diese Staaten werden ihre Ueberzeugung durch Exportation an Produktionskosten auszusprechen versuchen, hauptsächlich durch höhere Exportation von Arbeitskraft und möglichst niedrige Lohnsätze. Je höher der Unternehmer ihr Ziel erreichen, je vollkommener können die Lebenshaltung der Arbeiter auf neue heruntersinken.

Dem anberthaltlichen Vortrage folgte eine Aussprache, in der zunächst der Vorträge bezeugte, daß es alles verständlich sei, was uns trennt, um unsere Organisationen selbstständig zu erhalten. Genosse Alenide wies auf Japan hin, das den Krieg beizugehen, um letztendlich auf dem Weltmarkt zu werden. Der Vorträge bezeugte, daß Japan von seinem Standpunkt aus die beste Kriegswirtschaft getrieben habe; es werde in der Uebergangswirtschaft den Weltmarkt zu überflügeln und den größten Gewinn aus dem Kriege zu ziehen. Genosse Wud hat betont, daß er die Befürchtungen Dr. Brauns über das Panzerkrieg in der Produktion und die Arbeitslosigkeit in der ersten Periode nach dem Kriege nicht so sehr teilen könne, da gleich nach dem Kriege ein reichliches Material beschafft werden würde, den schon jetzt fehlenden Warenmangel zu befriedigen; auch die Unternehmer würden auf dem Standpunkt, daß nach dem Kriege bedeutende Arbeit vorliegen und alle Arbeitskräfte gebraucht werden würden. Genosse Leinen trat mit Friedrich Raumann und Walter Raabe die Auffassung, daß Japan Deutschland nicht gefährlich werden könne, da seine Wirtschaft während des Krieges auf Kriegswirtschaft eingestellt gewesen sei. Genosse Dr. Braun warnte in seinem Schlusswort vor optimistischen Auffassungen über unsere Lage nach dem Kriege: der gewerkschaftlichen Standpunkt sei es besser, alle drückenden Gedanken klar zu erkennen, dann werde man ihnen am besten zu begegnen vermögen. Die anregende Versammlung wurde hierauf von Besprechenden mit einer hingebenden Wahrung zu fester Einigkeit und treuer Solidarität geschlossen.



Stöcker-Brot

Vollkornbrot

Nach neuem Mahl- und Backverfahren bereitet. Von hohem Gehalt an ausnützaren Eiweiß- und Ergänzungsnährstoffen, Nährsalzen und Malzbestandteilen. Daher besonders geeignet

für werdende und stillende Mütter